

Beschluss des Landrats vom 29.08.2019

Nr. 70

50. Tablets-Beschaffung für Schulen mit Gemeinden 2019/155; Protokoll: ble

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) erklärt, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Postulant **Jan Kirchmayr** (SP) bedankt sich für die Stellungnahme und wäre froh, wenn der Regierungsrat den Vorstoss entgegennehmen und den Prozess zur Beschaffung der Tablets in Angriff nehmen würde, in gemeinsamer Absprache mit den Gemeinden. Die Situation ist ja so, dass der Kanton für die Schülerinnen und Schüler jeweils für die drei Sekundarschuljahre iPads beschaffen würde. Nun ist es auch ein Anliegen, gleichzeitig die Primarschulen einzubeziehen. Im Saal gibt es viele Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die wissen, dass die Digitalisierung auch auf der Primarstufe stattfindet, und bereits dort müssen Investitionen getätigt werden. Es ist zu lesen, dass die Regierung beabsichtigt, dies zu tun. Warum also kann man nicht schon früher damit beginnen? Am Schluss hätte der Postulant in einem Bericht gerne dargelegt gehabt, ob und weshalb dies funktionieren kann oder nicht. Das Postulat soll daher stehen gelassen werden.

Caroline Mall (SVP) hält die Ausführungen der Regierung für klar und deutlich. Die Gemeindeautonomie wurde im Saal immer wieder ausführlich diskutiert, das weiss auch der Postulant. Selbstverständlich sind die Primarschulen angehalten, dass es auch beim Arbeiten mit I-Pads einen fließenden Übergang in die Sekundarstufe gibt, wie bei den Fremdsprachen. Aber die Sprecherin will den Gemeinden nichts aufs Auge drücken, zumal es deren finanzielle Verhältnisse teilweise zurzeit nicht erlauben. Finanzausgleich und Sozialhilfekosten lassen grüssen. Man soll die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion walten lassen. Es wird nichts schiefgehen, ist Caroline Mall überzeugt, und sieht keinen Grund, das Postulat stehen zu lassen.

Gemäss **Florence Brenzikofer** (Grüne) geht es nicht darum, den Gemeinden etwas aufs Auge zu drücken. Nein, es wird eine Studie erarbeitet. Im Moment findet auch das IT-Forum Kanton und Gemeinden statt. Auch die Diskussionen in der Kommission haben gezeigt, dass es im Sinne aller ist, wenn es bei einer Einführung auf der Sekundarstufe auch bei den Gemeinden eine Koordination gibt. Im Sinne der Chancengleichheit macht es auch Sinn, dass die Einführung auf Gemeindeebene koordiniert läuft. Am Schluss steht in der Antwort der Regierung, dass sie dies am Prüfen ist. Das ist genau das, was der Postulant wünscht, einschliesslich eines anschliessenden Berichts. Aus Fraktionssicht macht es Sinn, das Postulat zu überweisen und stehen zu lassen. Eine Koordination zwischen Kanton und Gemeinden ist sehr wichtig. Es sollen nicht gewisse Gemeinden die Tablets haben und andere nicht.

Thomas Eugster (FDP) kann sich in den wesentlichen Punkten den Vorrednern wie auch der Antwort der Regierung anschliessen. Denn in der Antwort steht auch, dass im Rahmen des Auftrags aus der Landratsvorlage 2013/409 («Einführung von ICT an Primarschulen») geprüft wird, ob und wie kommunale Schulen allenfalls an der geplanten öffentlichen Ausschreibung von IT-Geräten für die kantonalen Schulen partizipieren könnten. Daher ist die FDP für Überweisung mit Abschreibung.

Es gehe nicht darum, den Gemeinden etwas aufs Auge zu drücken, meint auch **Jan Kirchmayr** (SP). Aber wenn sich der Kanton schon überlegt, iPads für die Sekundarstufe anzuschaffen, so

könnte man gerade so gut die iPads zwei Jahre vorher gemeinsam mit den Gemeinden anschaffen. Wenn der Kanton dies prüft, so soll er danach auch darüber berichten, warum es funktioniert hat oder nicht. Es ist letztlich eine Frage der Chancengleichheit, die IT-Struktur ist nicht in allen Gemeinden gleich gut ausgebaut. Damit könnte man dies lösen. Und wenn der Landrat am Schluss sieht, dass der Kanton es zwar versucht hat, dass es aber aus den und den Gründen gescheitert ist, so wird es zur Kenntnis genommen. Es wird nicht in die Gemeindeautonomie eingegriffen. Wenn die Gemeinden es anders machen wollen, so ist ihnen dies freigestellt.

Pascal Ryf (CVP) bedankt sich für den Vorstoss von Jan Kirchmayr. Das Wesentliche ist gesagt. Das Postulat kann überwiesen und abgeschrieben werden. Denn einerseits ist die IT-Strategie nun in Ausarbeitung, und da ist es wichtig, dass die Koordination in den Gemeinden stattfindet. Aber man darf auch nicht die Autonomie der Gemeinden ganz ausser Acht lassen. Wenn etwas koordiniert wird, heisst das noch nicht, dass die Gemeinden es einführen müssen. Es ist einerseits eine finanzielle Frage und gehört andererseits in den Kompetenzbereich der Gemeinden, die Träger der Primarschulen sind. Es wird geprüft und der Bericht wird folgen.

Regierungsrätin Monica Gschwind (FDP) hat ebenfalls das grosse Anliegen, dass die Schülerinnen und Schüler bereits in der Primarschule eigene Geräte zur Verfügung haben werden. Es gibt immer mehr ICT-basierte Lehrmittel und es ist wichtig, dass schon die Primarschülerinnen und Primarschüler rechtzeitig die Möglichkeit haben, mit eigenen Geräten zu arbeiten. Die Anschaffung ist aber das kleinste Problem. Es müssen vor allem die technischen Voraussetzungen bei den Gemeinden vorhanden sein. Und vor allem ist die Wartung letztlich ein zentrales Thema. Diesbezügliche Besprechungen finden im IT-Forum mit den Gemeinden statt. Die Bildungsdirektorin möchte auch einen Schritt weiterkommen. Gemeinden und Kanton müssen in enger Absprache und Zusammenarbeit zu einer Lösung kommen. Die Weiterentwicklung der Primarschulen ist ein Anliegen der Regierung. Dies ist ein sehr zentrales Thema der Bildungsdirektion. Die Gemeindeautonomie muss aber gewahrt werden, wie Caroline Mall richtig gesagt hat.

://: Mit 68:9 Stimmen wird das Postulat überwiesen und mit 46:33 Stimmen abgeschrieben.
